



In solche Anlagen investieren auch Schweizer Stromkonzerne gern: Windpark in der Ostsee

Foto: Getty Images

Die Schweiz in der Energiefalle

Heimische Konzerne produzieren erneuerbaren Strom vor allem im Ausland.
Das schaffe eine «gefährliche Abhängigkeit» von unseren Nachbarn, warnen Politiker



Mischa Aebi, Denis von Burg

Bern Der Name Crêt-Meuron steht für den vielleicht absurdesten Streit in Sachen erneuerbare Energien. Seit 2003 versucht die Energiefirma Groupe Res auf dem Hügel bei Neuenburg sieben Windräder zu errichten. 2006 gab das Bundesgericht grünes Licht für die 93-Meter-Turbinen. Das Problem: Nach so vielen Jahren waren die geplanten Anlagen nicht mehr erhältlich. Die neuen Modelle waren 98 Meter hoch. Die Gegner nutzten die neue Höhe erneut für Beschwerden. Die Folge: Der Betreiber wartet bis heute auf die Bewilligung. «Einsprachen machen uns sehr zu schaffen bei der Nutzung der Windenergie. Das ist ein Elend», sagt Reto Rigassi vom Windenergieverband Suisse-Eole. Erst 37 Turbinen seien in der Schweiz bis heute gebaut, 120 werden durch Einsprachen blockiert.

Eine neue Studie gibt Rigassi recht. Schweizer Energiekonzernen ist es verleidet, im eigenen Land grosse Anlagen zur Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zu bauen. Gemäss einer Studie der Stiftung Energiezukunft Schweiz haben sie in den vergangenen drei Jahren fast nur noch in Produktionsanlagen im Ausland investiert. Sie steigerten in dieser Zeit ihre ausländische Jahresproduktion um 4900 auf 11'500 Gigawattstunden. Das entspricht einer Zunahme um 74 Prozent.

Damit produzieren Schweizer Firmen mit ausländischen Anlagen mittlerweile bereits Strom für 2,5 Millionen Haushalte. In der Schweiz haben die Elektrizitätswerke dagegen die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien um gerade mal 650 Gigawattstunden erweitert. Ein Zuwachs von nur 9 Prozent.

Die Schweizer Produzenten setzen im Ausland vor allem auf Windstrom. Der Anteil beträgt 85 Prozent. Für Windenergieexperten ist das unverständlich: «Es gäbe auch in der Schweiz etliche Standorte, wo man mit Wind konkurrenzfähigen Strom produzieren könnte», sagt Rigassi. Es brauche nicht Windverhältnisse wie an der Nordsee. Rigassi macht den Vergleich mit Rheinland-Pfalz. Im deutschen Binnen-Bundesland seien die Windverhältnisse ähnlich wie hierzulande. «Dort stehen auf einer Fläche halb so gross wie die Schweiz 1770 Windräder. Das sind fast 50-mal mehr als in der Schweiz.»

Dass Energiekonzerne im Inland kaum noch in Solar- und Windanlagen investieren, liegt nicht nur an den komplizierten Bewilligungsverfahren mit den vielen Beschwerdemöglichkeiten. Axpo-Sprecher Noël Graber sagt: «Wir würden gerne mehr machen. Dafür müssten allerdings die Rahmenbedingungen stimmen.» Derzeit lassen sich laut Graber grosse Anlagen kaum wirtschaftlich realisieren.

Regulierungsbehörde sorgt sich um die Unabhängigkeit der Schweiz

Die Schweiz manövriert sich mit der bisherigen Politik zur Energiewende aus der Abhängigkeit vom Erdöl in eine neue Abhängigkeit – von ausländischen Windstromproduzenten. FDP-Nationalrat und Energiepolitiker Christian Wasserfallen sagt: «Diese Abhängigkeit ist eine grosse Gefahr. Wir waren und werden nie autark sein, aber die Energiestrategie 2050 ist klar eine Importstrategie.» Das könne so nicht weitergehen. Noch prägnanter formuliert es Rigassi: «Wenn wir in der Schweiz keine Windanlagen bauen, begeben wir uns vor allem im Winter in eine gefährliche Abhängigkeit vom Ausland.» Deutschland wolle Kohle- und Atomkraftwerke abschalten. «Was, wenn es dann zu Versorgungsengpässen kommt? Wird Deutschland dann einfach weiter Strom in die Schweiz exportieren?», fragt der Windexperte rhetorisch.

Selbst die Schweizerische Strom-Regulierungsbehörde Elcom sorgt sich. In ihrem aktuellen Bericht schreibt sie: Die Versorgungssicherheit nur mit Strom aus dem Ausland sicherzustellen, sei «mit dem Risiko verbunden, dass Stromimporte zur gewünschten Zeit nur bei vorhandener Transportkapazität und Exportbereitschaft der Nachbarländer möglich sind».



Streit um die Finanzierung von Strom aus erneuerbaren Energien

Die zunehmende Auslandabhängigkeit bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien setzt Energieministerin Simonetta Sommaruga unter Druck. Sie muss bei der anstehenden **Revision des Energiegesetzes** einen massiven Umbau der Strommarktordnung einleiten. Gefordert werden Massnahmen, damit im Inland nicht nur Kleinprojekte zur Deckung von Eigenverbrauch, sondern auch Grossprojekte gefördert werden.

An erster Stelle stehen Forderungen nach besseren **Produktionsbedingungen**. So verlangt der freisinnige Energiepolitiker und Nationalrat Christian Wasserfallen die Senkung der Wasserzinse, damit die Produktionskosten für Wasserkraft sinken.

Bürgerliche Politiker, Stromkonzerne und Grüne fordern aber auch einen Umbau des Subventionssystems für Solarstrom. Sommaruga hat schon angekündigt, den Ausbau von Grossprojekten mit einer Art **Auktionssystem** voranzutreiben, statt wie bisher vorab Solarstrom für den

Eigenverbrauch mit Investitionsbeiträgen zu fördern. Wer viel erneuerbaren Strom zu einem guten Preis anbieten kann, soll den Zuschlag für sein Projekt erhalten und mit staatlichen Mitteln gefördert werden. Freisinnige Politiker wie Wasserfallen verlangen, dass Auktionssysteme vermehrt auch auf **Versorgungssicherheit** ausgerichtet werden: Produzenten sollen bessere Preise erhalten, wenn sie in Zeiten von Stromknappheit noch Strom in grossem Stil liefern können.

Die Strombranche möchte, dass sich der Staat am Risiko beteiligt, damit Investoren einsteigen. Die Axpo verlangt eine «wettbewerbliche Marktprämie» für Projekte, die den Zuschlag erhalten. Konkret: Sinkt der Strompreis unter den offerierten Preis, soll der Staat die Differenz ausgleichen. Die Grünen gehen in die gleiche Richtung und fordern **Marktprämien**, weil sonst Grossanlagen auf Autobahnen, Eisenbahnstrecken oder an Stauseen nicht gefördert würden, sagt der Nationalrat Kurt Egger. (dvh)